

## Anträge für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24. Juni 2026

Stand: 2026-08-11

Lfd. Nr.	Gegenstand	Eingangs- datum	zust. Aus- schuss	Zustän- dige/s Amt /Ämter
<b>Anträge</b>				
04	Antrag der AfD-Fraktion: Wirtschaftliche Chancen nutzen: Städtepartnerschaft mit einer kanadi- schen Kommune prüfen	2026-06-08	KTA	10
05	Antrag der AfD-Fraktion: „Natür- lich.Fulda“ – endlich umsetzen	2026-06-08	BSA	61
06	Antrag der AfD-Fraktion: Wirtschafts- standort Fulda sichern: Maßnahme- paket gegen strukturelle Krise vorle- gen	2026-06-08	HFA	80
07	Antrag der AfD-Fraktion: Digitale Buchung der Bürgerhäuser	2026-06-08	BSA	GM
08	Antrag der CDU-Fraktion: Neubau der Langebrückenstraße	2026-06-11	BSA	66
09	Antrag der CDU-Fraktion: Wiederwahl des Stadtbaurates Daniel Schreiner	2026-06-11	direkt an SV – direkte Beschlussfassung un- ter TO I, TOP I	
10	Antrag der SPD-Fraktion: Gemeinde- pflegerinnen und Gemeindepfleger	2026-06-11	ASS	51/ZC
11	Antrag der SPD-Fraktion: Fachärztli- che Versorgung im Stadtgebiet	2026-06-11	ASS	51/ZC

04

# Antrag der AfD-Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin  
Eing.: 08 Juni 2026  
*L. Ka*

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht	Unser Zeichen, Unsere Nachricht	Telefon, Name	Datum
			07.06.2026

## **Wirtschaftliche Chancen nutzen: Städtepartnerschaft mit einer kanadischen Kommune prüfen**

### Vorbemerkungen:

Aktuelle Umfragen zeigen, dass sich eine Mehrheit der kanadischen Bevölkerung für eine engere Anbindung an die Europäische Union ausspricht. Auch wenn ein formaler EU-Beitritt Kanadas nicht auf der Tagesordnung steht, signalisiert diese Entwicklung eine bemerkenswerte Offenheit Kanadas gegenüber Europa. Der Deutsche Bundestag trägt dem Rechnung: Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union unternimmt vom 16. bis 20. Juni 2026 eine Delegationsreise nach Kanada zum politischen Austausch. Gleichzeitig bietet das EU-Kanada-Freihandelsabkommen CETA bereits heute einen erleichterten Marktzugang für europäische Unternehmen. In dieser Konstellation liegen konkrete Chancen – auch für den Wirtschaftsstandort Fulda und die ostthessische Wirtschaft.

Die Stadt Fulda unterhält derzeit Partnerschaften mit Städten in Frankreich, Italien, den Niederlanden, Tschechien, Russland und den USA. Eine kanadische Partnerschaft würde das bestehende Netzwerk sinnvoll ergänzen und neue wirtschaftliche wie kulturelle Impulse setzen.

### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

- 1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und mit welcher kanadischen Kommune eine Städtepartnerschaft oder Städtefreundschaft angestrebt werden kann. Dabei sollen insbesondere wirtschaftliche Anknüpfungspunkte für die ostthessische Wirtschaft, bestehende Kontakte aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie die Bereitschaft auf kanadischer Seite eruiert werden.**
- 2. Der Magistrat wird gebeten, hierzu Kontakt mit der Deutsch-Kanadischen Industrie- und Handelskammer sowie der Kanadischen Botschaft in Berlin**

**aufzunehmen und der Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis seiner Prüfung zu berichten.**

Begründung:

Die geopolitischen Veränderungen der letzten Jahre erfordern eine Neuausrichtung internationaler Partnerschaften. Kanada gehört zu den stabilsten Demokratien und wirtschaftsstärksten Ländern der Welt. Als G7-Staat, NATO-Partner und CETA-Vertragspartei bietet das Land verlässliche politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Für die ostthessische Wirtschaft ergeben sich durch eine engere Anbindung an Kanada konkrete Chancen: Der kanadische Markt bietet Absatzmöglichkeiten insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Umwelttechnik, Lebensmittelverarbeitung und Logistik – Branchen, die in der Region Fulda traditionell stark vertreten sind. Eine Städtepartnerschaft kann als Türöffner für mittelständische Unternehmen dienen, die den kanadischen Markt erschließen wollen.

—  
Eine kanadische Partnerschaft wäre ein konstruktiver Beitrag, das internationale Netzwerk der Stadt zukunftsfähig aufzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

**Pierre Lamely**

- Fraktionsvorsitzender -

—

—

05

# Antrag der AfD-Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin  
Eing.: 08. Juni 2026  
*f. Le.*

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

07.06.2026

## „Natürlich.Fulda“ endlich umsetzen

### Vorbemerkungen:

Die AfD-Fraktion hat sich bereits zweimal in dieser Sache an die Stadtverordnetenversammlung gewandt: Im September 2021 mit dem Konzept „Natürlich.Fulda“ (Antrag Nr. 57/2022 BSA), das ein schlüssiges Schwammstadt-Konzept zur Flächenentsiegelung, Stadtbegrünung und Starkregenvermeidung forderte, sowie im Juni 2025 mit einem Änderungsantrag zum Hitzeaktionsplan der Stadt Fulda, der die Maßnahmen auf die tatsächlich wirksamen Kernelemente – Begrünung, Entsiegelung, Verschattung und Regenwassermanagement – konzentrieren wollte. Beide Anträge fanden keine Mehrheit.

Der Magistrat erarbeitet nun ein Klimaanpassungskonzept. Die AfD-Fraktion begrüßt grundsätzlich, dass die Stadt Maßnahmen gegen sommerliche Hitzebelastung ergreift. Wir stellen jedoch klar: Das Problem, das es zu lösen gilt, ist nicht das globale Klima; darauf hat eine Kommune keinen Einfluss. Das Problem ist die durch menschliche Eingriffe vor Ort geschaffene Überhitzung unserer Stadt. Jahrzehntelange Bodenversiegelung, großflächige Betonierung und der Verzicht auf ausreichende Begrünung haben urbane Hitzeinseln geschaffen, die sich durch kluge Stadtplanung vermeiden oder zumindest deutlich abmildern ließen. Wer die Hitze in Fuldas Innenstadt reduzieren will, muss nicht das Weltklima retten, sondern die Fehler der eigenen Stadtplanung korrigieren: durch Entsiegelung, Begrünung, Verschattung und Wasser.

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

#### **1. Stadtbrunnen reaktivieren**

**Der Magistrat wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme aller städtischen Brunnenanlagen im Stadtgebiet vorzulegen und zu prüfen, welche derzeit**

inaktiven Brunnen mit vertretbarem Aufwand reaktiviert werden können. Funktionierende Brunnen tragen durch Verdunstungskühlung nachweislich zur Senkung der Umgebungstemperatur bei und steigern die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Ziel ist die Reaktivierung aller derzeit stillgelegten Brunnenanlagen bis zum Sommer 2027.

2. Verschattung im öffentlichen Raum schaffen

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept zur Verschattung stark besonnener Plätze und Fußgängerbereiche in der Innenstadt zu erarbeiten. Als Vorbild soll dabei das Modell der spanischen Stadt Altea dienen, die mit einem System aus farbigen, an Seilkonstruktionen befestigten Sonnensegeln über Fußgängerzonen und Plätzen eine wirkungsvolle und gestalterisch ansprechende Verschattung realisiert hat. Vergleichbare Lösungen sind kostengünstig, saisonal einsetzbar und verändern das Stadtbild nicht dauerhaft. Die Prüfung soll insbesondere den Universitätsplatz, den Buttermarkt sowie den Bahnhofsvorplatz als potenzielle Standorte umfassen.

3. AfD-Konzept „Natürlich.Fulda“ umsetzen

Der Magistrat wird beauftragt, das bereits 2021 von der AfD-Fraktion vorgeschlagene Schwammstadt-Konzept zur Flächenentsiegelung, Stadtbegrünung und Regenwassernutzung in das Klimaanpassungskonzept zu integrieren und der Stadtverordnetenversammlung eine Umsetzungsplanung vorzulegen. Dies umfasst insbesondere die Entsiegelung und Begrünung geeigneter Plätze und Verkehrsflächen, den Ausbau von Fassaden- und Dachbegrünung an kommunalen Gebäuden, die Förderung privater Regenwasserrückhalteanlagen und die Einbindung eines Fachkundigen für Stadthydrologie in zukünftige Bauplanungen.

4. Keine Verknüpfung mit Energiepolitik

Die Stadtverordnetenversammlung stellt klar, dass Maßnahmen zur lokalen Hitzevorsorge nicht mit energiepolitischen Zielsetzungen verknüpft werden. Weder Photovoltaik noch Windkraft tragen zur Senkung der lokalen Umgebungstemperatur bei. Der Hitzeaktionsplan und das Klimaanpassungskonzept sollen sich auf die tatsächlich stadtklimatisch wirksamen Maßnahmen beschränken: Begrünung, Entsiegelung, Verschattung und Wassermanagement.

Begründung:

Die sommerliche Hitzebelastung in Fuldas Innenstadt ist kein abstraktes Klimaproblem, sondern das Ergebnis konkreter Planungsentscheidungen. Großflächig versiegelte Plätze wie der Universitätsplatz oder der Bahnhofsvorplatz speichern Sonnenwärme und geben sie bis in die Nachtstunden ab. Fehlende Bäume und Grünflächen verhindern die natürliche Kühlung durch Verdunstung. Inaktive Brunnen leisten keinen Beitrag zur Verdunstungskühlung, obwohl sie genau dafür geeignet wären.

Dass wirksame Lösungen weder teuer noch kompliziert sein müssen, zeigen Beispiele aus dem In- und Ausland. Die spanische Stadt Altea (Anlage) hat mit einem System aus farbigen Sonnensegeln über Fußgängerzonen eine ebenso wirkungsvolle wie optisch ansprechende Lösung geschaffen, die saisonal auf- und abgebaut werden kann.

Die Investitionskosten sind gering, die Wirkung auf die Aufenthaltsqualität erheblich. Ein vergleichbares System würde die Fuldaer Innenstadt im Sommer deutlich attraktiver machen – für Bürger, Einzelhandel und Tourismus gleichermaßen.

Die AfD-Fraktion hat die wissenschaftliche Grundlage für die hier geforderten Maßnahmen bereits 2021 mit dem Konzept „Natürlich.Fulda“ dargelegt: Stadtklimatisch wirksamer Hitzeschutz beruht auf funktionierender Vegetation, ausreichender Verschattung, Verdunstungskühlung und wassersensibler Flächenplanung. Das Regenwassermanagement nach dem Schwammstadt-Prinzip dient dabei mehreren Zielen gleichzeitig: Es entlastet die Kanalisation bei Starkregen, ermöglicht die gezielte Bewässerung von Stadtgrün in Trockenperioden und reduziert den Rückgriff auf wertvolles Grundwasser.

Was keinen nachweisbaren Beitrag zur lokalen Kühlung leistet, sind energiepolitische Maßnahmen. Weder Photovoltaikanlagen noch Windkraftanlagen senken die Umgebungstemperatur in der Fuldaer Innenstadt. Im Gegenteil: Die Forschung stellt zunehmend lokale Wärmewirkungen durch PV-Anlagen infolge niedriger Albedo und fehlender Verdunstungskühlung fest. Ein Hitzeaktionsplan muss sich daher auf die tatsächlich wirksamen Maßnahmen konzentrieren, statt energiepolitische Zielsetzungen zu vermengen, die keinen Einfluss auf das Stadtklima vor Ort haben.

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen keine Belehrungen darüber, dass es im Sommer heiß ist. Sie brauchen schattige Plätze, funktionierende Brunnen und eine Innenstadt, die nicht zur Betonwüste verkommt. Genau das fordert dieser Antrag.

Mit freundlichen Grüßen



**Pierre Lamely**

- Fraktionsvorsitzender -



# Antrag der AfD/Bündnis-C Fraktion



Ka.

AfD/Bündnis-C Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Magistrat der Stadt Fulda  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

„AfD/Bündnis-C“ Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

07.09.2021

## Natürlich. Fulda

### Antrag:

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt,*

*den Magistrat damit zu beauftragen,*

- 1. ein schlüssiges Konzept zur Flächenentsiegelung, Stadtbegrünung und Vermeidung von Starkregenfolgen z.B nach einem „Sponge City“-Konzept zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Befassung vorzulegen.*
- 2. einen Fachkundigen für Stadthydrologie in zukünftige Bauplanungen mit einzubinden.*

### Begründung:

Die diesjährigen Starkregenergebnisse zeigen, dass das bisherige Konzept an seine Grenzen stößt, wenn Niederschläge durch die umfangreich versiegelten Flächen einfach über die Kanalisation aus der Stadt geleitet werden sollen. Es entstanden urbane Hochwasserlagen, in Zeiten mit starker Sonneneinstrahlung entstehen entsprechend urbane Hitzeinseln.

Mit dem Konzept Schwammstadt (Sponge City) soll Regenwasser dort zwischengespeichert werden, wo es fällt. Umwelttechnische und landschaftsarchitektonische Infrastruktur dafür sind etwa versickerungsfähige Verkehrsflächen und Pflaster, Mulden, Rigolen, urbane Grünflächen. Aber auch über Elemente wie Bäume, Fassaden- und Dachbegrünung kann ein Teil des Wassers verdunsten und so zur Kühlung der Stadt beitragen. Ein weiterer Teil kann versickern. Somit wird das Kanalnetz entlastet.

Eine repräsentative Forsa-Studie der BGL-Initiative „Grün in die Stadt“ zur Zufriedenheit der Bevölkerung mit städtischen Grünflächen ergab: Die überwiegende Mehrheit wünschte sich

Ende Februar 2021 mehr Freianlagen, mehr Parks und Aufenthaltsflächen in den Innenstädten. Die Bedeutung von öffentlichen Grünanlagen hat seit dem ersten Lockdown zugenommen.<sup>1</sup>

Die Attraktivität der Innenstadt kann durch urbane Begrünung und Oberflächenentsiegelung gesteigert werden. Gerade ältere Menschen profitieren von der Reduzierung von urbanen Hitzeinseln.

Die Umsetzung entsprechender urbaner Begrünungs- und Schwammstadt-Konzepte ist aktuell auch durch diverse Förderprogramme begünstigt, für welche sich die Stadt Fulda aktuell noch bewerben kann.

Stadthydrologie muss aber auch zunehmend in die Stadtplanung einfließen. Offensichtliche Planungsfehler der Vergangenheit zeigen sich am Beispiel des Hauptbahnhofs. Die versiegelten Flächen bilden auf beiden Eingangsseiten einen Trichter für einfließendes Starkregenwasser, weshalb der Bereich entsprechend häufig bereits überflutet war.

Mit freundlichen Grüßen

  
**Pierre Lamely**

- Fraktionsvorsitzender -

  
**Frank Schüssler**

- stellv. Fraktionsvorsitzender -

---

<sup>1</sup> <https://www.gruen-in-die-stadt.de/informieren/vorteile-von-stadtgruen/urbanes-gruen-ist-sehnsuchtsort-fuer-buerger-und-chance-fuer-sterbende-innenstaedte>

# Änderungsantrag der AfD-Fraktion



*J. Le.*

AfD– Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
der Stadt Fulda  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

30.06.2025

## Änderung des Hitzeaktionsplans der Stadt Fulda

### Vorbemerkung:

Die AfD-Fraktion will den Hitzeaktionsplan **nicht blockieren, sondern gezielt verbessern** – mit Schwerpunkt auf echtem Schutz, baulich-ökologischer Vernunft und freiheitlicher Verantwortung. Die Bürger sollen ernst genommen, nicht belehrt werden.

### Antrag:

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

**Der Hitzeaktionsplan der Stadt Fulda wird dahingehend geändert, dass sich die städtischen Maßnahmen zur Hitzevorsorge künftig auf folgende Kernelemente beschränken:**

- 1. Maßnahmen zur Flächenentsiegelung und Stadtbegrünung gemäß dem AfD-Konzept „*Natürlich.Fulda*“ (Antrag Nr. 57/2022 BSA)**
- 2. Einrichtung zusätzlicher Schattenplätze im öffentlichen Raum, insbesondere in durch Hitzebelastung betroffenen Quartieren.**
- 3. Aufbau eines stadtweiten, modernen Regenwassermanagements mit dem Ziel der Zwischenspeicherung, Versickerung und Nutzung von Regenwasser vor Ort, dies umfasst insbesondere die Förderung privater Regenwasserrückhalteanlagen (z.B. Zisternen) und Prüfung des nachträglichen Einbaus solcher Systeme in kommunalen Bestandsgebäuden, soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist.**

### Begründung:

Statt immer neuer Alarmstufen und ideologisch motivierter Maßnahmen braucht es eine vernünftige, ortsbezogene Politik.

In Fulda bedeutet das: **weniger versiegelte Flächen, mehr Grün, durchdachte Wassernutzung – und keine politischen Planspiele auf Basis hochstilisierter Hitzerekorde.**

Stadtklimatisch wirksame Hitzeschutzmaßnahmen beruhen deshalb nach wissenschaftlicher Erkenntnis in erster Linie auf funktionierender Vegetation, ausreichender Verschattung, Verdunstungskühlung sowie einer wassersensiblen Flächenplanung. Diese sinnvolle Kombination hatte die AfD bereits im September 2021 mit ihrem Konzept „*Natürlich.Fulda*“ dargelegt.

Ein modernes Regenwassermanagement dient dabei gleich mehreren Zielen: Erstens entlastet es bei Starkregenereignissen die Kanalisation und beugt lokalen Überflutungen vor. Zweitens ermöglicht es, gesammeltes Regenwasser gezielt zur Bewässerung von Stadtgrün – insbesondere von Fassaden- und Dachbegrünungen – einzusetzen. So können auch in Trockenperioden Pflanzen versorgt werden, **ohne dass auf wertvolles und knapper werdendes Grundwasser zurückgegriffen werden muss**, was langfristig sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich sinnvoll ist.

Grundsätzlich besteht der Erfolg von städtischem Hitzemanagement in baulichen Maßnahmen.

Wir lehnen es jedoch ab, den kommunalen Hitzeaktionsplan mit Aussagen zum Ausbau erneuerbarer Energien zu verknüpfen. Solche Technologien dienen nicht dem lokalen Hitzeschutz. **Weder Photovoltaik noch Windkraftanlagen tragen zur Senkung der Umgebungstemperatur bei.** Im Gegenteil: Die Forschung stellt zunehmend lokale Wärmewirkungen durch PV-Anlagen infolge niedriger Albedo und fehlender Verdunstungskühlung fest. Auch Windkraftanlagen verändern durch Turbulenzbildung lokal die Luftzirkulation. In mehreren Studien wurde nachgewiesen, dass nachts die bodennahe Lufttemperatur im Umfeld großer Windparks ansteigen kann – ein Effekt, der dem Ziel der nächtlichen Abkühlung in Städten entgegensteht<sup>1</sup>.

Ein Hitzeaktionsplan muss sich deshalb auf die tatsächlich wirksamen Maßnahmen konzentrieren – Begrünung, Entsiegelung und Regenwassernutzung – anstatt energiepolitische Zielsetzungen zu vermengen, die keinen Einfluss auf das Klima vor Ort haben.

Ebenso lehnen wir eine staatliche Bevormundung der Bürger durch übertriebene Hitzewarnsysteme und Verhaltensempfehlungen ab. **Die Menschen in unserer Stadt sind mündig. Sie wissen selbst, wenn es draußen heiß ist.** Eine Politik im Sinne eines „Nanny-Staates“ ist mit unserem Freiheitsverständnis unvereinbar. Sportvereine und Veranstalter können selbst entscheiden, ob sie bei hohen Temperaturen aktiv bleiben oder lieber pausieren.

Der moderne Mensch hat es weit über 100.000 Jahre lang sehr erfolgreich geschafft, auch ganz **ohne Alarmismus und betreuerisches Gehabe aus der Politik** zu überleben. Wir glauben auch weiterhin an seine Instinkte und Fähigkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

  
Pierre Lamely  
- Fraktionsvorsitzender -

  
Frank Schüssler  
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

<sup>1</sup> Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, Az. WD 8 - 3000 - 083/20 vom 17. Dezember 2020

06

# Antrag der AfD-Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 08. Juni 2026

*[Handwritten signature]*

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

07.06.2026

## Wirtschaftsstandort Fulda sichern: Maßnahmenpaket gegen die strukturelle Krise vorlegen

### Vorbemerkungen:

Der Fröhsommer-Konjunkturbericht 2026<sup>1</sup> der Industrie- und Handelskammer Fulda bescheinigt dem Wirtschaftsstandort eine seit vier Jahren anhaltende strukturelle Krise, während das Regierungspräsidium Kassel in seinem Schreiben vom 18.02.2026<sup>2</sup> zur Haushaltsgenehmigung 2026 erstmals feststellt, dass die Gewerbesteuererinnahmen die Planansätze spürbar unterschreiten, das Haushaltsdefizit knapp 17 Millionen Euro beträgt und bei anhaltender Entwicklung ab 2027 mit einer Anhebung der Grundsteuer zu rechnen ist; beide Befunde machen deutlich, dass die Sicherung des Wirtschaftsstandorts die zentrale Aufgabe dieser Legislaturperiode sein muss.

### Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Sitzung am 07. September 2026 einen umfassenden Bericht zur wirtschaftlichen Lage des Standorts Fulda vorzulegen. Der Bericht soll insbesondere folgende Punkte umfassen: die Auswirkungen der Schließung der Gummiwerke, des Verkaufs von Tegut und des Rückgangs der Textilbranche auf Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen, den aktuellen Stand der Planungen zur Nachnutzung des Goodyear-Areals, eine Bewertung der Auswirkungen des städtischen Klimaaktionsplans auf die ansässigen Unternehmen sowie eine Darstellung der

<sup>1</sup> <https://www.ihk.de/fulda/standortpolitik/konjunktur-zahlen-fakten/konjunktur/neuer-inhalt2026-02-konjunktur-fruehsommer-7058612>

<sup>2</sup> Magistratsvorlag 95/2026

bereits ergriffenen und geplanten Maßnahmen zur Sicherung und Neuansiedlung von Unternehmen.

2. Der Magistrat wird aufgefordert, auf Grundlage dieses Berichts ein konkretes Maßnahmenpaket zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts vorzulegen. Dieses soll insbesondere Maßnahmen zum Bürokratieabbau bei Genehmigungsverfahren, zur Entlastung der ansässigen Unternehmen bei kommunalen Abgaben und Gebühren, zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie zur Überprüfung freiwilliger kommunaler Auflagen, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen und Unternehmen zusätzlich belasten, umfassen.
3. Der Magistrat wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen seit 2020 vorzulegen, aufgeschlüsselt nach Branchen und Veranlagungsjahren, und darzustellen, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden, um den im Schreiben des Regierungspräsidiums Kassel zur Haushaltsgenehmigung 2026 geforderten Konsolidierungspfad einzuhalten, ohne die Bürger und Unternehmen mit höheren Hebesätzen zu belasten.

#### Begründung:

Die wirtschaftliche Lage am Standort Fulda hat sich dramatisch verschlechtert. Der Fröhsommer-Konjunkturbericht 2026 der Industrie- und Handelskammer Fulda zeichnet ein alarmierendes Bild: Der Geschäftsklimaindex liegt seit vier Jahren ununterbrochen unter der 100-Punkte-Grenze. Die IHK spricht von einer „strukturellen Krise der regionalen Wirtschaft“ und einer „festgefahrenen rezessiven Lage“. Nur noch 19 Prozent der Unternehmen bewerten ihre aktuelle Geschäftslage als gut, 24,8 Prozent als schlecht. Fast die Hälfte der befragten Unternehmen hat ihre Investitionsabsichten reduziert. Keines der befragten außenwirtschaftlich tätigen Unternehmen rechnet mit steigenden Exporten.

Die Folgen dieser Entwicklung schlagen unmittelbar auf den städtischen Haushalt durch. Das Regierungspräsidium Kassel hat in seinem Schreiben zur Haushaltsgenehmigung 2026 erstmals festgestellt, dass die tatsächlichen Rechnungsergebnisse der Stadt Fulda die Planansätze spürbar unterschreiten – eine Entwicklung, die es in dieser Form bislang nicht gab.

Ursächlich ist die „anhaltend negative Entwicklung der Gewerbesteuererträge“. Die Gewerbesteuer wird im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2024 rund 20 Millionen Euro niedriger geplant. Das jahresbezogene Defizit beträgt knapp 17 Millionen Euro. Die Verschuldung steigt deutlich, die jährliche Tilgungslast verdoppelt sich bis 2029 auf 12,7 Millionen Euro, der Zinsaufwand ist um 108 Prozent gestiegen. Das Regierungspräsidium hat die Stadt bereits darauf hingewiesen, dass bei einem defizitären Haushalt 2027 die Grundsteuer-Hebesätze mindestens auf die Nivellierungshebesätze angehoben werden müssen.

Die Zusammenhänge sind offensichtlich: Wenn Unternehmen schließen, abwandern oder ihre Standorte verlagern, sinken die Gewerbesteuereinnahmen. Wenn die Gewerbesteuereinnahmen sinken, wächst das Haushaltsdefizit. Wenn das Defizit wächst, drohen höhere Steuern für die Bürger. Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn die Stadt aktiv gegensteuert – durch eine konsequente Wirtschaftsförderung, den Abbau bürokratischer Hürden und die Überprüfung freiwilliger kommunaler Auflagen, die Unternehmen zusätzlich belasten.

Der IHK-Hauptgeschäftsführer formuliert den Handlungsbedarf unmissverständlich: „*Damit wir wieder in eine positive psychologische Aufwärtsspirale kommen, braucht es umfassende und zügige Entlastungen bei Energie, Arbeitskosten und Bürokratie.*“ Auf kommunaler Ebene bedeutet das: Jede freiwillige Maßnahme, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgeht und Unternehmen zusätzlich belastet – insbesondere der kommunale Klimaaktionsplan – muss auf den Prüfstand.

Mit freundlichen Grüßen

**Pierre Lamely**

- Fraktionsvorsitzender -

—

—

—

07

# Antrag der AfD-Fraktion



Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 08. Juni 2026

*L. Re.*

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Schlossstraße 1  
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

[pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de](mailto:pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Unser Zeichen, Unsere Nachricht

Telefon, Name

Datum

07.06.2026

## Digitale Buchung der Bürgerhäuser

### Vorbemerkungen:

Die Anmietung städtischer Bürgerhäuser in Fulda erfolgt derzeit vollständig analog: Bürgerinnen und Bürger müssen in der Regel persönlich beim Ortsvorsteher vorsprechen, der die Verfügbarkeit in einem Papierkalender prüft, der nicht immer mit dem Kalender der Stadtverwaltung übereinstimmt. Bei Verfügbarkeit informiert der Ortsvorsteher das Gebäudemanagement, das einen Mietvertrag per Post versendet. Dieser wird unterschrieben per Post zurückgeschickt und in Aktenordnern abgelegt. Was in anderen Kommunen längst digital und in Echtzeit funktioniert, erfordert in Fulda mehrere Behördenkontakte, Postwege und manuelle Abstimmungsprozesse. Dass es auch anders geht, zeigt die Stadt Hattersheim am Main: Dort können Bürger über ein Online-Portal die Verfügbarkeit der Stadthalle in Echtzeit einsehen, Kosten prüfen und direkt online buchen; ohne Papier, ohne Wartezeit, ohne Medienbrüche.

### **Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, für alle städtischen Bürgerhäuser ein digitales Buchungs- und Verwaltungssystem einzuführen, das folgende Funktionen umfasst: eine öffentlich zugängliche Online-Übersicht der Verfügbarkeit aller Bürgerhäuser in Echtzeit, eine transparente Darstellung der Mietkosten und Nutzungsbedingungen, die Möglichkeit zur direkten Online-Buchung durch Bürgerinnen und Bürger sowie einen digitalen Mietvertragsprozess ohne postalischen Versand.**
- 2. Die Buchungsplattform soll es gleichzeitig den Ortsvorstehern ermöglichen, die Belegung ihrer Bürgerhäuser digital einzusehen und zu verwalten. Es soll weiterhin möglich sein, sich für die Anmietung auch persönlich an den Ortsvorsteher zu wenden.**

- 3. Der Magistrat wird gebeten, bei der Umsetzung das Modell der Stadt Hattersheim am Main als Referenz heranzuziehen und der Stadtverordnetenversammlung einen Umsetzungsvorschlag einschließlich Kostenrahmen und Zeitplan vorzulegen.**

Begründung:

Die Stadt Fulda hat sich die Digitalisierung der Verwaltung als strategisches Ziel gesetzt. Im Bereich der Bürgerhausvermietung ist davon bislang nichts zu spüren. Während andere hessische Kommunen längst digitale Buchungssysteme nutzen, ist der Prozess in Fulda geprägt von persönlichen Vorsprachen, Papierkalendern, postalischem Versand und manueller Aktenverwaltung. Dies führt zu unnötigen Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger, zu Doppelbelegungen durch nicht synchronisierte Kalender zwischen Ortsvorstehern und Stadtverwaltung, zu erhöhtem Verwaltungsaufwand im Gebäudemanagement und zu mangelnder Transparenz über Verfügbarkeit und Kosten.

Die Stadt Hattersheim am Main hat vorgemacht, wie ein moderner Buchungsprozess aussehen kann: Über ein öffentlich zugängliches Online-Portal können Bürger die Verfügbarkeit der kommunalen Räumlichkeiten in Echtzeit einsehen, die Mietkosten transparent nachvollziehen und direkt online buchen. Der gesamte Prozess – von der Anfrage bis zum Vertrag – läuft digital und ohne Medienbrüche<sup>1</sup>.

Ein vergleichbares System für die Fuldaer Bürgerhäuser würde den Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger erleichtern und gleichberechtigt gestalten; unabhängig davon, ob sie persönlich beim Ortsvorsteher vorsprechen können oder nicht. Gleichzeitig würden die Ortsvorsteher entlastet, da die Plattform Routineanfragen automatisiert und die Belegungsübersicht zentralisiert. Schulungen und Unterstützung für die Ortsvorsteher im Umgang mit der neuen Plattform sollten selbstverständlich Teil der Einführung sein. Die Details der Buchungen sollen dabei nur den zuständigen Ortsvorstehern und der Verwaltung zugänglich sein, um die Privatsphäre der Bürger zu wahren.

Mit freundlichen Grüßen

**Pierre Lamely**

- Fraktionsvorsitzender -

---

<sup>1</sup> <https://stadthalle-hattersheim.de/>



Christlich Demokratische Union  
Stadtverordnetenfraktion Fulda  
Schlossstr. 1 Stadtschloss  
36037 Fulda

Bankverbindung:  
Sparkasse Fulda  
BLZ 530 50180  
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0661 54580 mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 11. Juni 2026

An Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
36037 Fulda

Fulda, 10.06.2026

Antrag der CDU Stadtverordnetenfraktion  
an die Stadtverordnetenversammlung am 24.06.2026 betreffend **die Wiederwahl des  
Stadtbaurates Daniel Schreiner**

## **ANTRAG zur direkten Abstimmung**

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

am 31.12.2026 endet die Amtszeit von Stadtbaurat Daniel Schreiner. Herr Schreiner hat sich bereit erklärt für eine Wiederwahl zur Verfügung zu stehen.

Die CDU-Stadtverordnetenfraktion beantragt daher, auf die Einsetzung eines Wahlvorbereitungsausschusses sowie auf eine Ausschreibung zu verzichten und eine Wiederwahl von Herrn Daniel Schreiner durchzuführen.

Dieser Antrag wird in der Stadtverordnetenversammlung am 24.06.2026 mündlich begründet. Wir bitten darum, diesen Antrag zur Beratung und Beschlussfassung auf die Tagesordnung dieser Sitzung zu setzen.

Patricia Fehrmann  
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth  
(Fraktionsgeschäftsführer)



SPD – Stadtverordnetenfraktion · Schlossstrasse 5 · 36037 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloss  
36010 F U L D A

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: 11. Juni 2026

Schlossstraße 5  
36037 Fulda  
Tel.: 0661/73600  
Fax 0661/9016314  
Mail: [spd-fraktion.fulda@t-online.de](mailto:spd-fraktion.fulda@t-online.de)

Fulda, 11.06.2026

## A N T R A G

Die SPD Fraktion beantragt, dass sich der Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren in einer seiner nächsten Sitzungen mit dem Thema Gemeindepfleger/innen beschäftigt. Ziel der Beratung sollte sein, dass in den Stadtteilen Gemeindepfleger/innen eingesetzt werden.

### **Begründung:**

Aktuell sind in zahlreichen hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten Gemeindepfleger/innen tätig. Diese führen Hausbesuche durch und kümmern sich um die Beratung und Unterstützung von hochbetagten und kaum noch mobilen Menschen. Sie sollen Hilfen für Wohnen, Leben und Begegnung organisieren und vermitteln, damit die Menschen möglichst lange selbstbestimmt und in vertrauter Umgebung leben können. Ihre Arbeit führt dazu, dass eine Pflegebedürftigkeit und ein Wechsel in ein Pflegeheim hinausgezögert wird.

Zum Beispiel hat die Stadt Darmstadt in vier Stadtteilen sechs Gemeindepflegerinnen und Pfleger beschäftigt.

Jonathan Wulff  
-Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatter:  
Robert Vey



SPD – Stadtverordnetenfraktion Schloßstrasse 5 36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
Margarete Hartmann  
Stadtschloß  
36010 F U L D A

Eing.: 11. Juni 2026

Schloßstraße 5  
36037 Fulda  
Tel.: 0661/73600  
Fax 0661/9016314  
Mail: [spd-fraktion.fulda@t-online.de](mailto:spd-fraktion.fulda@t-online.de)

Fulda, 11.06.2026

## ANTRAG

Die SPD Fraktion beantragt, dass sich der Ausschuss für Familie, Jugend und Senioren noch in diesem Jahr mit der Fachärztlichen Versorgung in Fulda beschäftigt. Wie bekannt haben viele Menschen in Fulda Probleme einen Termin bei einer Fachärztin bzw. einem Facharzt zu bekommen.

Aufgrund eines Antrages der SPD Fraktion wurde bereits im letzten Jahr die Hochschule Fulda beauftragt eine Studie zur Fachärztlichen Versorgung in Fulda zu erstellen. Die Ergebnisse bzw. auch die Zwischenergebnisse sind dem Ausschuss zur Beratung vorzulegen. Ferner ist in einem zweiten Schritt mit Vertretern der Kassenärztlichen Vereinigung über die Versorgungslage in Fulda zu beraten.

Jonathan Wulff  
-Fraktionsvorsitzender-

Berichterstatte:r  
Robert Vey